

Offener Brief zur Stellungnahme von Stadtrat Eustacchio

VERACHTUNG VON BÜRGERINNENANLIEGEN

an Bürgermeister Nagl, Stadtrat Gerhard Rüscher, BürgerInnenbeirat der Stadt Graz,
MigrantInnenbeirat der Stadt Graz, Abgeordnete der Gemeinderatsfraktionen der KPÖ, der Grünen
und der Piraten

Sehr geehrte Damen und Herren!

Anlass dieses Briefes ist das Schreiben aus dem (Büro von Verkehrsstadtrat Eustacchio vom 20.11.2015, das uns in den darauffolgenden Tagen von Herrn Ing. Raimund Berger (als Vertreter des BürgerInnenbeirates der Stadt Graz) zur Kenntnis gebracht worden ist (siehe unten).

Die BürgerInneninitiative Unser Griesplatz (BI) fühlt sich natürlich durch Ihre Äußerung zur Bürgerbeteiligung und zur Beteiligungsrichtlinie sowie zur Rolle des Bürgerbeirats unmittelbar betroffen und will daher wie folgt Stellung nehmen:

Stadtrat Eustacchio bewertet die ‚Anregung‘ zum Griesplatz als ‚etwas Sinnloses‘ und fragt den BürgerInnenbeirat, ob er nichts ‚Besseres‘ zu tun habe, als sich mit solchen Sinnlosigkeiten zu beschäftigen. Wir sind erstaunt darüber, wie freizügig von Seiten des Büro Eustacchio die **radikale Verachtung und Geringschätzung** aller im Sinne der Beteiligung engagierten BürgerInnen und Institutionen ausgesprochen wird. Dies ist zunächst eine **Verhöhnung des BürgerInnenbeirates** und darüber hinaus eine Verhöhnung aller, die sich ehrenamtlich für Anliegen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Graz engagieren. Da es jedoch auch rechtsgültig (und einstimmig) vom Gemeinderat der Stadt Graz beschlossene Beteiligungsrichtlinien gibt, stellt in unseren Augen die Gesprächsverweigerung des SR Eustacchio auch einen **klaren Rechtsbruch** dar. Darüber hinaus zeigt sich in der **gefährlichen und arroganten Form der Diskursverweigerung** ein **desolates Demokratieverständnis**, das uns in keiner Weise geeignet erscheint, als Basis für die Arbeit eines Stadtratsbüros der Stadt Graz zu dienen.

Dass ein Gemeinderatsbeschluss vorliegt, der die Verkehrsführung am und um den Griesplatz zum Inhalt hat, war uns nicht nur bekannt, es war der Anlass zur Gründung der Initiative, d.h. **der Beginn und nicht das Ende der Debatte**. Bekanntlich gab es zum selben Thema bereits im Jahr 2011 einen anders lautenden Gemeinderatsbeschluss; das heißt, dass es jederzeit möglich ist, einen geänderten Gemeinderatsbeschluss zu fassen, der auf sinnvolleren Erkenntnissen beruht.

An dieser Stelle möchten wir nur kurz die wichtigsten Gründe unserer Betroffenheit bzw. unserer Initiative und unseres Engagements anführen:

+ Wir wollen, ähnlich wie dies bei Lend-, Mariahilfer- und Südtiroler Platz erfolgt ist, eine Verkehrsberuhigung am Griesplatz erreichen, etwa in Form einer Begegnungszone. Wir gehen davon aus, dass aus Gründen der Gerechtigkeit bzw. der **Lebensqualität vor Ort** keine Jahrhundert-Maßnahme unter dem Motto erfolgen darf: *„Irgendwo muss der Verkehr ja hin – und deshalb rollt er für alle Ewigkeit ungehemmt über den Griesplatz“*. Wir sind zudem überzeugt, dass der nördliche Teil des Bezirks Gries der spannendste und jener mit dem höchsten Entwicklungspotenzial in Graz ist, allerdings mit seinem Herzen Griesplatz steht und fällt.

+ Die nun beabsichtigten Führung der Straßenbahn über den Griesplatz zur Zweiglasse (mit geschätzten Mehrkosten in der Höhe von 6 Mio €uro) mit der gleichen Anzahl an Fahrspuren für den Autoverkehr und die damit einhergehenden Einzementierung des Griesplatzes als Verkehrsknotenpunkt verunmöglichen für alle Zukunft eine nennenswerte Verkehrsberuhigung am Griesplatz. **Mehr Lebensqualität am Platz kann es aber nur mit weniger (Auto)-Verkehr geben.**

+ Was wir nicht wollen, ist eine Festschreibung des Griesplatzes als Verkehrsdrehscheibe und weitere Maßnahmen zur Erhöhung des Kfz-Verkehrs im Stadtteil. Das droht durch die ebenfalls beschlossene Unterführung der Josef-Huber-Gasse. **Wir wollen Platz für Menschen am Griesplatz.**

Wir sehen die verabsäumte Beteiligung der Betroffenen im Stadtteil als Ursache des Problems, d.h. wir sehen unsere Rolle als BürgerInnen der Stadt Graz in der Tat nicht darin, Beschlüsse „höchster Gremien“ widerspruchslos zu akzeptieren. Wohl aber sehen wir die Rolle der Beteiligungsrichtlinien darin, **Beteiligung zu ermöglichen** – und wenn nicht in so einem bedeutenden Fall, wann dann? Dass der Gemeinderat das höchste Gremium der Stadt ist, wissen wir, allerdings ist das allenfalls in einem Obrigkeitsstaat die alleinige Entscheidungsgrundlage.

Wir wenden uns gegen das Argument, dass die Frage des Verkehrs nicht Teil eines Beteiligungsprozesses sein kann, weil das zu keinem Ergebnis führen kann; Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass dies falsch ist. Gut moderierte Beteiligungsprozesse führen zu präzisen Ergebnissen, auch zu Fragen des Verkehrs. Wir sehen auch keinen Grund für einen besonderen Zeitdruck, oder gar Gefahr in Verzug, wenn dieser Entscheidung im Gemeinderat eine Information und Beteiligung der Betroffenen vorausgegangen wäre bzw. wenn diese Entscheidung aufgehoben und verbesserte Entscheidungen erst nach einem Beteiligungsprozess getroffen werden. Im Gegenteil: Wie sich mittlerweile herausstellt, steht ein Baubeginn der Straßenbahn nicht fest, bzw. wird zu einem heute unbekanntem Zeitpunkt bestenfalls in den 2020er-Jahren erfolgen können.

Alle Trends in der Stadtentwicklung gehen **in Richtung Verkehrsberuhigung**. Deshalb gibt es keinen Grund, an der Entscheidung für die Trassenführung der Straßenbahn festzuhalten und jetzt eine **Scheinbeteiligung** zu starten, **die dieses zentrale Thema ausspart**.

Für die Bürgerinneninitiative Unser Griesplatz

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Pilz

Anhang: mail aus dem Büro Eustacchio vom 20.11.2015:

Von: Pleschiutchnig Heinz [mailto:heinz.pleschiutchnig@stadt.graz.at]

Gesendet: Freitag, 20. November 2015 12:55

An: 'Raimund Berger'

Cc: Köhler Wolf-Timo

Betreff: AW: Leitlinien für Bürgerbeteiligung bei Projekten der Stadt Graz - Anregungen

Sehr geehrter Herr Berger!

Vorweg zum besseren Verständnis folgendes. Anliegen werden bei uns im Büro nach ihrer Dringlichkeit bearbeitet. Wichtiges zuerst, Unwichtiges zuletzt, und Sinnloses nur dann wenn Zeit übrig bleibt.

Nun zu Ihrem Ersuchen. Die Anregung der 13 Gemeinderäte und des Migrantensrates bezieht sich nicht nur auf eine „Neugestaltung (des) Griesplatz(es)“ sondern auch darauf, „dass die im Gemeinderatsbeschluss vom 16.10.2014 beschlossene Trassenführung der neuen Straßenbahnlinie (Südwetslinie) in jenen Bereichen, die die Neugestaltung des Griesplatzes betreffen, sowie die damit zusammenhängende Verkehrslösung für den Bereich Griesplatz noch einmal zur Disposition gestellt werden.“

In diesem einen Satz ist auch schon die Lösung des Problems beheimatet. Da nun mal der Gemeinderat das höchste Gremium der Stadt Graz ist und ebendieser mehrheitlich (gegen die Stimmen der KPÖ, Grünen und des Piraten) die neue Linienführung beschlossen hat, liegt es nicht in der Entscheidungsmacht des Herrn Stadtrates diesen GR-Beschluss in Frage zu stellen – also aufzuheben bzw. abzuändern, dies kann nur der Gemeinderat selbst. Dies ist auch der Grund warum Herr Stadtrat Eustacchio zu keinem persönlichen Gespräch einlädt, da wir, abgesehen von einem Austausch von Freundlichkeiten, nicht mehr werden erörtern können, als ich gerade angesprochen habe.

Sinnbefreit erscheint mir jedenfalls, dass gerade jene Gemeinderatsfraktionen welche im Gemeinderat durch Mehrheitsentscheid unterlegen sind, das Thema Linienführung nun über den Weg der Bürgerbeteiligungsrichtlinien erneut thematisieren wollen. Der richtige Weg wäre jedenfalls jener über den Gemeinderat selbst, da will ich aber den Damen und Herren Gemeinderäten keine Geschäftsordnungs-Lehrstunde erteilen.

Traurig finde ich aber, dass Sie sich vor deren Karren spannen lassen, gibt es doch weit Wichtigeres welches vom „Grazer Beirat für Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung“ aufgegriffen werden könnte.

Mit bestem Gruß!

Mag. Heinz Pleschiutschnig

Büroleiter Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio
Straßenamt, Verkehrsplanung, Bürgeramt